

Anrede

Die glp Fraktion nimmt die Regierungsratsrichtlinien zustimmend und anerkennend zur Kenntnis. Diese zeigen gut auf, welche Projekte in welchem Departement verfolgt werden, was man sich vorgenommen hat.

Als Resumée darf festgestellt werden, dass die einzelnen eigengesetzten Zielsetzungen klar verständlich sind und gut dargestellt wurden. Es sind gute, wenn auch noch nicht überall operationalisierte Ziele in jedem Departement vorhanden. Eine konsequente Operationalisierung würde helfen, die Zielerreichung auch klarer zu messen. Positiv andererseits festzustellen ist, dass eine noch gut überschaubare Anzahl von zu verfolgenden Zielen für die Legislaturperiode erstellt worden sind. Nicht zu viele, aber doch genügend. Die Richtlinien sind damit ein überzeugendes Führungsinstrument für die Verwaltung wie auch die Regierung. Die vertiefte Besprechung in einer so offenen Kommission macht wie mich dünkt, für alle Parteien auch Sinn. Der Prozess der Öffnung ins Parlament erlaubt nicht nur einen guten Einblick, es verhilft zusätzlich der Regierung die eigenen Richtlinien und Schwerpunkte dem Parlament in der Breite darzulegen.

Als Kommissionsmitglied schätzte ich die offene und gute Diskussionskultur und die fundierten Auskünfte der jeweiligen Regierungsverantwortlichen bei Nachfragen. So wurden in der Kommission einzelne Ziele durchaus diskutiert und auch die eine oder andere generelle Anregung zu den Schwerpunkten, wie zu einzelnen Zielen übermittelt.

Beispielhaft, weshalb die RR-Richtlinien weiterhin aus vier Schwerpunkten bestehen, da die Vision ja fünf Schwerpunkte hat. Auch weshalb die Vision selber nie ins Parlament kam, eher still ins Leben trat. Sicherlich zusammenhängend und verständlich mit der menschlich schwierigen Übergangszeit der Staatskanzlei, möglicherweise aber doch auch ein Hinweis auf besondere Anforderungen von departementsübergreifenden Projekten. Ich komme noch darauf.

Gewisse Zielsetzungen in den Departementen freuen uns Grünliberale besonders, da sie in eine progressive uns sympathische Richtung gehen. Beispielhaft, dass

- Im DIV prospektiv Lösungen für wirtschaftliche, pestizidarme Produktionssysteme und antibiotikaarme Tierhaltungen mit optimiertem Energieverbrauch erarbeitet werden sollen. Hier wäre ein deutlich schnelleres Tempo wie Bundesbern fähig ist, wichtig.
- Dass ebenfalls im DIV die Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort und einen funktionierenden Arbeitsmarkt geschaffen werden sollen und das Unternehmertum im Kanton Thurgau mit gezielten Projekten, Kooperationen und Aktionen gefördert und unterstützt werden soll.

Wir sind gespannt auf die Rahmensetzende bessere Förderung des Unternehmertums.

- Oder als Drittes erfreuliches Beispiel, dass der Kanton Smart-Work-Massnahmen fördert und nach nun einjähriger Testphase, die zwar nicht so geplant war, aber auch in der Verwaltung breit durchgeführt wurde neu die CO2 Reduktion der Verwaltung aktiv senkt und gleichzeitig der Zufriedenheit der Verwaltung dient, wie auch die Digitalkompetenz wohl gleichzeitig erhöht.

Wir freuen uns auf diese drei grünliberal befürworteten Kernanliegen.

Gleichwohl ergeben sich nach der Kommissionsarbeit gewisse Anregungen. Zum Abschluss deshalb drei Gedanken und Lösungen an die Regierung.

- Der Prozess der Richtlinienerarbeitung ist zu lange. 1 ½ Jahre an Vorbereitungszeit. In der heutigen Zeit schneller Veränderungen zeigt sich hier der eher zunehmende Spagat einer sorgsamten Erarbeitung, mit dem Blick auf Fehlervermeidung und einer sich rascher drehenden Welt mit dem Blick auf notwendiger rollender Planung in Projekten und angepassten Zielen und zunehmend verwaltungsübergreifenden Thematiken. 1 ½ Jahre Prozess für die jeweils folgenden 4 Jahre muss hinterfragt werden. Wir sind als glp gespannt, ob sich bereits bei der kommenden Planung hin eine Verschiebung zu mehr rollender Planung, hin zu einer hybriden oder teilweise agilen Verwaltungsorganisation und Projektverfolgung ergeben.
- Wir befürworten aus diesem Grund auch, dass nach zwei Jahren im Sinne einer rollenden Planung die gleiche Kommission nochmals kurz zusammenkommt und die allenfalls angepassten, dann vielleicht auch operationalisierten Richtlinien bespricht. So wie es jetzt gelaufen ist, wäre damit im Jahr 1 und 3 der Legislatur eine Besprechung mit der Kommission eine Überlegung wert.
- Zu guter Letzt ist es uns als glp ein Anliegen, dass Verbundlösungen und die Fähigkeit bei komplexen Lösungen Kompetenz aufzubauen kein Ziel ist. Es fällt in den Regierungsrichtlinien auf, dass die Ziele nie oder selten mehrere Departemente umfassen und auch oft ämterbezogene Ziele sind. In der heutigen Zeit stellt sich deshalb zunehmend die Frage und müsste eigentlich auch ein Regierungsrichtlinien-Ziel sein, wie Ämter in den Departementen untereinander und wo Departementsübergreifend agieren. Es fällt auf, dass bei all den vielen Zielen, die Verbundarbeit, die Nahstellen kein in den Regierungsrichtlinien festgeschriebenes Ziel ist. Wir sind der Meinung, dass gerade diese Kompetenz in Zukunft zunehmen wird. Kürzliche Debatten haben dies aufgezeigt. Bei der zunehmend komplexen und verbundenen Welt wäre dies ein gutes Ziel, den wohl doch noch einen oder anderen hoffentlich kleinen Silo in Bewegung zu bringen. Wir denken, dass es sich lohnt, darüber

nachzudenken und als gutes Beispiel vorneweg bei der Regierung zu verankern um letztlich Departementsübergreifende Projekte zu erhalten und zu managen. Das muss nicht in ein Präsidialdepartement münden, kann aber bei zunehmend komplexen Themen.

- Vorbilder gibt es da nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Bildung, wo in Zukunft verstärkt als Ziel das Gesamtteam und nicht die einzelne Leistung beurteilt wird. Das könnte auch ein ämterübergreifendes, ja sogar departementsübergreifendes Ziel der Zukunft sein.

Diese wenigen Anregungen wollten wir gerne übermitteln, bedanken uns ansonsten seitens glp Fraktion herzlich für die Ziele und nehmen die Regierungsrichtlinien klar zustimmend zur Kenntnis. Die vielen aufgelisteten Ziele zeigen ein gutes Abbild der Tätigkeiten. Besten Dank bereits an dieser Stelle der Verwaltung und der Regierung für die Umsetzung.

R. Ammann, 16.3.2021